

The background of the page features a photograph of a multi-story building with windows and a wooden figure with a sad face. A purple triangle in the top right corner contains a map of Brandenburg. The main title is overlaid on a dark blue geometric shape.

Einschüchterung, Hetze & Gewalt gegen kommunale Amts- und Mandatspersonen

– Ausmaß und präventive Strategien in Brandenburg

ZUSAMMENFASSUNG | 08.06.2022

Online-Talk der FES-Brandenburg

*Immer mehr Kommunalpolitiker*innen werden zur Zielscheibe von Hass und Hetze. Neben Vorfällen, die aus der Presse bekannt sind, gehören zahlreiche öffentlich weniger sichtbare Angriffe, Beleidigungen und Bedrohungen zum Alltag vieler kommunalpolitisch Engagierter. Besorgniserregend sind extreme Gewalttaten wie der Mord an Walter Lübcke, aber auch die Zunahme „kleinerer“ Angriffe. Sie bewirken nicht nur eine hohe und durchaus langwierige psychisch-emotionale Belastung der betroffenen Amts- und Mandatspersonen, sondern stellen auch eine ernsthafte Gefahr für die Demokratie dar: Die Leistungsfähigkeit der kommunalen Verwaltung wird eingeschränkt, Engagierte legen gegebenenfalls ihr Amt bzw. Mandat nieder oder treten nicht wieder an, die Rekrutierung neuer Aktiver wird schwieriger, eine allgemeine Politikverdrossenheit nimmt zu und es besteht die Gefahr, dass Beleidigungen, Bedrohungen und Gewalt als „salonfähig“ wahrgenommen werden. Eine solche Verrohung des Umgangs miteinander gilt es zu verhindern und Betroffene angemessen zu schützen. Die Stärkung und der Schutz der Demokratie ist eine wichtige Aufgabe, die uns alle betrifft.*

Das Landesbüro Brandenburg der Friedrich-Ebert-Stiftung nahm die kürzlich erschienene Studie „Präventive Strategien zum Schutz von kommunalen Amts- und Mandatspersonen vor Einschüchterung, Hetze und Gewalt“

des Brandenburgischen Innenministeriums zum Anlass dieses Thema aufzugreifen. Die Studie wurde mit der Zielsetzung erstellt „Licht in das Dunkelfeld“ zu bringen und eine fundierte Basis für die Diskussion und Verbesserung der Situation zu schaffen.

*Hieran anknüpfend lud das Landesbüro Brandenburg am 08. Juni zu einem online Gespräch ein, um über die Ergebnisse der Studie und Maßnahmen zu diskutieren, die jetzt ergriffen werden können. **Jörg Müller**, Leiter des Brandenburger Verfassungsschutzes, und **Prof. Dr. Joachim Klewes**, Co-Autor der Studie, führten in die Problematik ein und stellten die Ergebnisse sowie die Sofortmaßnahmen des Innenministeriums vor. **Inka Gossmann-Reetz**, Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion für Innenpolitik und die Bekämpfung des Rechtsextremismus, reagierte auf die Erfahrungsberichte von **Andreas Fredrich**, Bürgermeister der Gemeinde Senftenberg, **Sarah Zalfen**, Co-Vorsitzende der SPD-Fraktion Potsdam und **Tobias Borstel**, Bürgermeister der Gemeinde Großbeeren. Unter Einbindung der Fragen aus dem Publikum wurden zudem Empfehlungen diskutiert, die Prof. Dr. Klewes und **Markus Klein** vom Brandenburgischen Institut für Gemeinwesenberatung erläuterten. Moderiert wurde das Gespräch von **Martin Gorholt**, Vorsitzender der Medienanstalt Berlin-Brandenburg und Staatssekretär a.D.*

DAS AUSMAß VON EINSCHÜCHTERUNG, HETZE & GEWALT IN DER BRANDENBURGER KOMMUNALPOLITIK

Die Betroffenenquote macht deutlich, dass Angriffe auf Amts- und Mandatspersonen ein weitverbreitetes Problem sind: Mehr als ein Drittel der Befragten in Brandenburg hat sie bereits erlebt. Kreistagsmitglieder und Amtspersonen sind sogar noch häufiger betroffen. Weitere Faktoren, die einen Angriff wahrscheinlicher machen, sind das Geschlecht (Frauen sind stärker betroffen), der Ort (Stadt-Land-Gefälle) und eine klare Positionierung zu polarisierenden Themen. Joachim Klewes machte sehr deutlich, dass insbesondere die von den befragten Frauen berichtete Qualität der Angriffe – das Ausmaß se-

xualisierter Gewalt – erschreckend ist. Angriffe kommen sowohl aus der Bürgerschaft als auch aus der Gruppe der kommunalpolitischen Akteur*innen selbst. In der Mehrheit der Fälle ist der oder die Täter*in persönlich bekannt. Die Bereitschaft, Taten anzuzeigen, ist jedoch gering.

Weitere Ergebnisse und Details der Studie können [hier](#) nachgelesen werden.

SOFORTMAßNAHMEN DES INNENMINISTERIUMS

In Reaktion auf die Ergebnisse der Studie ergreift das Brandenburger Innenministerium Sofortmaßnahmen zur Bekämpfung von Hass und Hetze gegen Amts- und Mandatspersonen und deren Folgen. Die Maßnahmen richten sich an die gesamte kommunale Familie. Jörg Müller berichtet von der Einführung von Seminaren und Trainings für kommunale Amts- und Mandatspersonen sowie Landesbedienstete, die derzeit zusammen mit der Brandenburgischen Kommunalakademie, dem Niederlausitzer Studieninstitut für kommunale Verwaltung und der Landesakademie für öffentliche Verwaltung Brandenburg konzipiert werden. Hinweise auf kom-

petente und interessierte Referentinnen und Referenten aus dem Stiftungsbereich wären zu diesem Zwecke sehr willkommen. Zudem berichtete Herr Müller, dass der Innenminister verkündet hat, dass die bereits bestehende polizeiliche Meldestelle verstärkt beworben werden soll und dass die bewährte Verweisberatung durch die Geschäftsstelle Tolerantes Brandenburg weiterhin zur Verfügung steht. Natürlich sollen auch die Ergebnisse der Studie möglichst weit verbreitet werden, um die Handlungsempfehlungen zu debattieren und konkrete Umsetzungen zu initiieren.

ERFAHRUNGEN MIT BELEIDIGUNGEN, BEDROHUNGEN & HETZE

Andreas Fredrich ist seit 2007 Bürgermeister in Senftenberg, einer Kommune, die der Studie zufolge besonders stark von Hass und Hetze betroffen ist. Fredrich berichtet wie der Ton sowohl in der Gesellschaft als auch in der Kommunalpolitik rauer wird. Was mit Nicht-Beachtung und Beleidigungen im Vorbeigehen anfängt und sich bis zu Drohbriefen steigert, die im privaten Briefkasten landen. Besonders die Vermischung von Amt und Privat-

sphäre beschreibt Andreas Fredrich als sehr belastend. Reaktionen darauf umfassen das „Sich-ein-dickes Fell-zulegen“, ein offensiver Umgang mit solchen Angriffen und ein enger Kontakt zur Polizei. Die häufige Ergebnislosigkeit der strafrechtlichen Verfolgung sei ebenso frustrierend wie die Tatsache, dass sachliche politische Diskurse kaum mehr stattfinden können.

Sarah Zalfen, Mitglied der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung, ist in dem, laut Studie, ebenfalls stark von Einschüchterung, Hetze und Gewalt betroffenen Potsdam aktiv. Sie berichtet, dass sie von diesem Ergebnis überrascht ist, da sie in Potsdam eher ein von Toleranz und Respekt geprägtes Klima wahrnimmt. So suche beispielsweise ihre Fraktion den Dialog mit den Bürger*innen – insbesondere in schwierigen Phasen. Es gelinge gut, persönliche Gespräche auf Augenhöhe zu führen, was Sarah Zalfen als präventives Mittel betrachtet, denn dies verhindere, dass Bürger*innen den anonymen Weg wählen, ihr Anliegen in sozialen Medien zu kommunizieren. Die Potsdamer Stadtverordnetenversammlung hat einen Ehrenkodex eingeführt, welcher regelt, wie miteinander umgegangen werden soll und was eine Grenzüberschreitung darstellt. Zalfen ist überzeugt, dass es hilfreich ist, dies einmal formuliert und festgehalten zu haben – auch um darauf verweisen zu können.

Sie betonte die besondere Dimension der Gewalt, mit der Frauen auch in der Kommunalpolitik konfrontiert sind: Frauen trifft „das ganze Spektrum sexualisierter Gewalt“. Sarah Zalfen hat die Erfahrung gemacht, dass es zeitweise gar nicht möglich war in sozialen Medien bestimmte Inhalte (beispielsweise Fluchtthemen) zu kommentieren, ohne im privaten Chat Vergewaltigungsfantasien ausgesetzt zu werden. Doch auch bereits Verhaltensweisen, die nicht direkt gewaltvoll sind, stören das politische Klima massiv und richten sich häufig speziell gegen politisch engagierte Frauen. Zum Beispiel führe es zu einer entsachlichten, polarisierenden und eskalierenden Diskussion, wenn „immer der gleiche Schwarm

an Männern gegen geschlechtergerechte Sprache wettert“. Dies bereite den Boden für „die Zerstörung eines politischen Diskurses“ und das zu Lasten der Frauen. Wer frauenspezifische Themen anfasst, sieht sich schnell ernsthaften Bedrohungen ausgesetzt, so Zalfen. Der geringe Anteil von Frauen in der Kommunalpolitik ist ohnehin schon ein Problem. Frauen als häufige Opfer von Hass und Hetze verschärft dies noch.

Tobias Borstel, Bürgermeister in der Gemeinde Großbeeren, leidet vor allem unter Vorfällen, die innerhalb der Gemeindeversammlung stattfinden. Er beklagt eine mangelhafte Debattenkultur, Erniedrigungen und psychische Gewalt. Mobbing und falsche Zuschreibungen werden genutzt, um Partikularinteressen durchzusetzen, etwa wenn Neid auf das Amt besteht, so Borstel. Es ginge dann nicht mehr um inhaltliche Konflikte, sondern darum eine Person im Amt loszuwerden. Die Angriffe treffen dabei auch Mitarbeitende. Auch er sprach von der Notwendigkeit, sich ein „dickes Fell“ zulegen zu müssen. Gleichzeitig bleibe ein Gefühl der Ohnmacht und Ratlosigkeit darüber, wie die Situation verändert werden kann. Meist seien es nur wenige laute Personen, die anstacheln. Borstel wünscht sich, nicht alleine gelassen zu werden, wenn es darum geht sich zu wehren. Außerdem fordert er die Etablierung von Sanktionen gegen Mandatsträger*innen, die nicht erst greifen, wenn sich jemand strafbar gemacht hat, sondern bereits ungebührliches Verhalten in der Ausführung des Mandats sanktionieren. Nur so sieht er eine Chance, dass Fehlverhalten innerhalb der eigenen politischen Kommune aufhört.

WERTSCHÄTZUNG FÖRDERN & SICH SOLIDARISCH ZEIGEN

Die Landtagsabgeordnete Inka Gossmann-Reetz mahnt an, dass bei der wichtigen Diskussion um die Verrohung in der Politik gleichzeitig die Vielzahl an positivem und starkem ehrenamtlichen Engagement, die Vielzahl an engagierten Personen, die für Dialog und einen freundlichen Umgang bereitstehen, nicht vergessen werden darf. Sie sieht damit den Bedarf, an der Wahrnehmung von Amts- und Mandatspersonen zu arbeiten. Viele Bürger*innen wissen nicht, so Gossmann-Reetz, dass viele Mandatsträger*innen ehrenamtlich arbeiten und unterstellen ihnen machtgeil zu sein, nach persönlichen Vorteilen zu streben oder abgehoben zu sein. „Das sind Vorurteile, die von verschiedenen Seiten gerne befeuert werden. Das senkt nach und nach die Hemmschwelle.“ Um dieses Problem zu lösen seien Strafen weniger hilf-

reich, als das Anschieben eines Diskurses, um deutlich zu machen „dass Mandatsträger ein Teil von uns sind [...] und die sich alle auf Zeit um unser aller Gemeinwohl kümmern“. Inka Gossmann-Reetz fordert zudem, dass jede*r sich bewusst sein sollte, Teil des Problems aber auch der Lösung zu sein. Jede*r muss aufstehen und dagesprechen, wenn etwas passiert. Es gelte, die Betroffenen nicht alleine zu lassen und sich solidarisch zu zeigen. Sie sieht die persönliche Solidarisierung als wichtigen Knackpunkt. Wirklich geholfen ist dem Opfer, wenn es Personen gibt, die zu ihm oder ihr stehen, für die Ächtung des Täters oder der Täterin sorgen und deutlich machen: „Das ist ein Angriff auf uns alle – ein Angriff auf die Demokratie.“

EMPFEHLUNGEN, PRÄVENTIVE STRATEGIEN & MAßNAHMEN

Die in der Studie entwickelten und empfohlenen Maßnahmen gliedern sich in vier Teilbereiche: Schutz, Bewältigung, Empowerment und die Stärkung der Zivilgesellschaft. Hiermit soll den verschiedenen Dimensionen und damit Ansatzpunkten für Maßnahmen gerecht geworden werden. Zur Erhöhung des Schutzes von Betroffenen vor Angriffen empfiehlt der Autor Klewes, beruhend auf den Ergebnissen der Studie, spezifische Seminare und Trainings, die vor allem bei der Vorbeugung bzw. im Vorfeld helfen. Konkrete Hinweise auf Organisationen, die solche Angebote vorhalten und auf entsprechende Medien enthalten sowohl der Anhang zum Studienbericht wie auch die Charts der Präsentation von Klewes (siehe dazu Links am Ende dieser Publikation). Potenziell Betroffene sollten in ihrem Verhalten im Kontakt zu Bürger*innen und in sozialen Medien geschult, beim Anzeigen von Vorfällen unterstützt und Angebote auch für Familienangehörige und Mitarbeitende zugänglich gemacht werden. Daneben werden Maßnahmen zur Bewältigung von Angriffen benötigt. Empfohlen wird, sich Zeit zu nehmen, zuzuhören, zur Anzeige zu ermutigen und Kontakt zur Meldestelle der Polizei oder Opferberatung zu suchen. Empowerment wird als „der Weg nach vorne“ verstanden. Hier geht es darum auf Fortbildungsangebote hinzuweisen und das Kommunalparlament etwa zu ermutigen ein Leitbild zu erarbeiten, welches sich mit der Streitkultur und dem Umgang mit Angriffen auseinandersetzt. Aber auch die Weitergabe von Info-Materialien zählt hierzu. Der vierte Teilbereich zielt auf die Stärkung der Zivilgesellschaft. Hierbei kann die Entwicklung einer kommunalen Ehrenamtsstrategie helfen, die Benennung einer Person zur Förderung und Koordination von Engagement in der Kommune und das Einladen von Bürger*innen zu Sitzungen sowie niedrigschwellige Bürgerbeteiligung, erklärt Klewes.

Markus Klein ist mit seinem Mobilem Beratungsteam in der Fläche unterwegs und ist davon überzeugt, dass bereits die Symptombeschreibung Teil der Therapie ist, weil es die Probleme auf die Tagesordnung hole. Darüber hinaus seien Transparenz, Partizipation, Kooperation und Austausch wichtige Bausteine. Ein kurzer Draht zur Polizei sei von Bedeutung, hierfür brauche es aber Vertrauen und somit bereits im Vorfeld einer Tat guten Kontakt. Gleichzeitig ist eine klare Rollenverteilung verschiedener Akteur*innen wichtig, so Markus Klein. Die Polizei unterliegt dem Legalitätsprinzip, wenn sie von einer Straftat er-

fährt – sie muss dann also ermitteln. Beratungsgespräche anderer Akteur*innen sollten daher vor allem Vertraulichkeit bieten. Markus Klein betont des Weiteren, dass verschiedene Angriffsqualitäten auch verschiedene Ansätze erfordern. Anonyme Angriffe auf Gebäude hätten oftmals eine hohe Symbolik und seien weniger gut mit einer – wahrscheinlich aussichtslosen – Strafverfolgung zu entgegnen. Die Reaktion darauf muss vielmehr auch symbolisch sein. Es geht dann darum, dass alle Parteien zeitnah Solidarität zeigen und den Angriff auf die Demokratie verurteilen. Bei Attacken auf Personen müssten die Ansatzpunkte sehr individuell identifiziert werden. Hier gäbe es beispielsweise verschiedene thematisch spezialisierte Beratungsangebote: Der Verein Opferperspektive bietet insbesondere Beratung bei Rechtsextremismus an, HateAid ist auf Angriffe im digitalen Raum spezialisiert. Bei genderspezifischen Angriffen brauche es neben der gesamtgesellschaftlichen Solidarität auch Angebote, die sich spezifisch an Frauen richten. Außerdem könnten gerade die unteren Ebenen der Kommunalpolitik dafür genutzt werden, den Zusammenhalt zu stärken, weil sie eben nicht nur politische, sondern auch soziale Orte sind. Wichtig sei bei all dem aber auch, Betroffene zu sensibilisieren und zu bestärken Angriffe nicht klein zu reden, sie auszuhalten und als Teil der Tätigkeitsbeschreibung anzusehen. „Da ist die Studie nochmal ein wichtiger Schritt, das da rauszuholen und zu sagen: ‚Nein, das gehört eben nicht zum Mandat dazu, sich beleidigen, bedrohen und was auch immer zu lassen.‘“

Die Debatte zwischen den Referierenden und den gut 60 Teilnehmenden macht deutlich, dass es ein großes Interesse gibt, mit konkreten Maßnahmen dem sich in den letzten Jahren massiv verstärktem Trend der Einschüchterung, Hetze und Gewalt gegen Mandats- und Amtspersonen entgegenzuwirken. Neben dem konkreten Schutz der Betroffenen gelte es insgesamt einen demokratischen Diskurs sicherzustellen und sich gegen die zunehmende Verrohung zu stellen. Als ein nicht lösbares Problem bleibe bestehen, dass diejenigen Bürger*innen, die verantwortlich für solche negativen und gewalttätigen Prozesse in ihren Gemeinden, der Öffentlichkeit und in den sozialen Medien sind, weder mit Trainings noch politischen Bildungsveranstaltungen erreicht werden können. Umso wichtiger sei jedoch diejenigen zu stärken, die sich aktiv gegen diese Angriffe unserer Demokratie stellen.

LINK ZUR STUDIE

Präventive Strategien zum Schutz von kommunalen Amts- und Mandatspersonen vor Einschüchterung, Hetze und Gewalt (Download, Pressemitteilungen, Zentrale Ergebnisse)

<https://mik.brandenburg.de/mik/de/innere-sicherheit/verfassungsschutz/informationen/publikationen/kommunalstudie/>

ANLAUFSTELLEN FÜR BETROFFENE:

Ansprechstelle für Mandatsträger und Personen des öffentlichen Lebens beim Polizeipräsidium des Landes Brandenburg

<https://polizei.brandenburg.de/liste/amts-und-mandatstraeger-in-der-oeffentli/1882152>

Tolerantes Brandenburg (Staatskanzlei)

<http://www.tolerantes.brandenburg.de/>

Verfassungsschutz

<https://mik.brandenburg.de/mik/de/innere-sicherheit/verfassungsschutz/ueber-uns/ansprechpersonen/>

Weisser Ring e.V.

<https://weisser-ring.de/>

Opferhilfe Brandenburg e.V.

<https://www.opferhilfe-brandenburg.de/>

HateAid – Die Beratungsstelle bei digitaler Gewalt

<https://hateaid.org/>

SEMINARE, VERANSTALTUNGEN, TRAININGS:

Brandenburgische Kommunalakademie

<https://www.bka-brandenburg.de/>

Studieninstitut Niederlausitz

<https://www.nlsi.de/>

Landesakademie für öffentliche Verwaltung (LAKöV)

<https://lakoev.brandenburg.de/lakoev/de/>

Bundeszentrale für politische Bildung

<https://www.bpb.de/veranstaltungen/veranstaltungskalender/508831/kommunale-konfliktbewaeltigung/>

Mobiles Beratungsteam Potsdam

mbt-potsdam@big-demos.de

Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Brandenburg

<https://www.fes.de/landesbuero-brandenburg>

Wir organisieren diverse Trainings, Seminare und Debattenforen. Sprechen Sie uns gerne an:

potsdam@fes.de

WEITERE INFORMATIONSTELLEN:

Stark im Amt – Portal für Kommunalpolitik gegen Hass und Gewalt

<https://www.stark-im-amt.de/>

Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

<https://aktionsbuendnis-brandenburg.de/wir-lassen-uns-nicht-hetzen/>

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN:

Friedrich-Ebert-Stiftung Landesbüro Brandenburg

Hermann-Elflein-Str. 30/31 14467 Potsdam

AUTORIN:

Miriam Kiene

Praktikantin im Landesbüro Brandenburg, Friedrich-Ebert-Stiftung

REDAKTION:

Anne Seyfferth

Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Brandenburg

GESTALTUNG & SATZ:

Julia Heilck

COPYRIGHT 2022 Friedrich-Ebert-Stiftung

Potsdam@fes.de


Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

**Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.,
Landesbüro Brandenburg**

Hermann-Elflein-Str. 30/31 | 14467 Potsdam

Tel. (0331) 29 25 55

Web. www.fes.de/landesbuero-brandenburg

 /FES.Brandenburg